

Antrag zum Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 15. Mai 2019

Antragstellende: Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Berlin (Nina Stahr, Werner Graf, Henning Bublitz, Anja Engelmohr, Ina Rosenthal, Hanna Steinmüller, Andres Audretsch), Dirk Behrendt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Silke Gebel (KV Mitte), Regine Günther, Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Ramona Pop (KV Mitte), Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

1 **MIETENWAHNSINN STOPPEN**
2 **FÜR EINE NEUAUSRICHTUNG DES BERLINER**
3 **WOHNUNGSMARKTES UND EINE STARKE**
4 **GEMEINWOHLORIENTIERTE**
5 **WOHNUNGSWIRTSCHAFT**

6

7 Jede*r zweite Berliner*in hat Angst vor Verdrängung. Fast ein Viertel der Umzüge werden
8 aufgrund von Verdrängung verursacht, durch Mieterhöhungen, Eigenbedarfskündigungen,
9 teure Modernisierungen, fehlende Instandhaltung, Abrisse oder Druck von Eigen-
10 tümer*innen. In Berlin sind die Bodenwerte seit 2008 um 870 Prozent gestiegen. In
11 diesem Zeitraum haben sich die Mieten hier mit 104 Prozent mehr als verdoppelt –
12 während die Einkommen nur um 24,7 Prozent gestiegen sind. Die Mietpreise
13 galoppieren der Einkommensentwicklung davon. Jeder sechste Haushalt bringt bereits
14 über 40 Prozent des Nettoeinkommens für Wohnkosten auf. Während Berlin wächst,
15 nimmt der Marktanteil von bezahlbarem Wohnraum kontinuierlich ab und ist immer
16 ungleicher über die Stadt verteilt. Laut neuestem IBB-Bericht gibt es innerhalb des S-
17 Bahrings nur noch Neuvermietungen über 12 Euro/qm nettokalt. Und auch außerhalb

18 des S-Bahnringes nehmen solche Miethöhen zu. In manchen Quartieren und Kiezen führt
19 die Gentrifizierung zu einem fast vollständigen Bevölkerungsaustausch, während sie in
20 anderen zu einer Konzentration von Armut führt. Es ist höchste Zeit, dies zu stoppen und
21 mit aller Kraft für günstige Mieten und einen geregelten sozialen Wohnungsmarkt zu
22 sorgen.

23 Ein wichtiger Grund für die Misere ist ganz einfach: Es fehlen Wohnungen. Berlin ist in
24 den letzten Jahren rasant gewachsen, ohne dass das Wohnungsangebot mitgewachsen
25 wäre. Seit 2008 stieg die Zahl der Einwohner um mehr als 10 Prozent – während die
26 Zahl der Wohnungen nur um etwa 2 Prozent zunahm. In derselben Zeit ist die Leer-
27 standsquote von über 3 Prozent auf unter 1 Prozent gesunken: ein klares Zeichen, dass
28 der Wohnungsmarkt völlig aus dem Lot geraten ist. Durch diesen Mangel und dieses
29 Ungleichgewicht sind die Mieter*innen den Vermieter*innen auf Gedeih und Verderb
30 ausgeliefert.

31 Doch für einige Akteur*innen auf dem Berliner Wohnungsmarkt steht der Profit und
32 nicht das Wohl der Berliner*innen im Vordergrund. Die globalen Finanzmärkte sind zum
33 Taktgeber für die Immobilienpreise und Mieten in Berlin und anderen Städten geworden.
34 Nach wie vor ist zwar ein Großteil des städtischen Grundeigentums in der Hand von
35 privaten Kleineigentümern, aber durch das weltweite Überangebot an Kapital treiben
36 immer mehr Finanzinvestor*innen mit ihren Fonds, Aktiengesellschaften und Brief-
37 kastenfirmlen Grundstückspreise in realwirtschaftlich unangemessene Höhen. Der Anteil
38 der börsennotierten Wohnungsunternehmen ist mit 15 Prozent in Berlin der höchste im
39 ganzen Land. Trotz der Umwandlungsverordnung wurde 2018 fast jede hundertste
40 Mietwohnung in Wohneigentum umgewandelt, das ist knapp unter dem Niveau des
41 Rekordhochs von 2015. Immer mehr Häuser werden zu überhöhten Preisen angekauft,
42 um sie dann teuer zu sanieren und als Einzeleigentum weiter zu verkaufen. Der Berliner
43 Wohnungsmarkt wird zunehmend zu einem Finanzmarkt.

44 Grundlegende wohnungspolitische Fehlentscheidungen haben zu der sozialen
45 Schieflage der Wohnungsmarktentwicklung beigetragen. Die Wohnungsgemein-
46 nützigkeit wurde auf Bundesebene zum 01.01.1990 von Schwarz-Gelb abgeschafft, was
47 der Privatisierung vieler vormals gemeinnütziger Wohnungen durch Bund, Länder und
48 einige Kommunen Tür und Tor öffnete. Heute rächt sich der Verkauf vieler städtischer
49 Wohnungen durch die damalige rot-rote Landesregierung bitterlich. Dies war ein großer
50 Fehler. Auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde eingestellt. Die Sozialbin-

51 dungen der meisten ehemaligen Sozialwohnungen sind ersatzlos ausgelaufen. Mit dem
52 REIT-Gesetz hat der Bund 2007 auch das Recht eingeführt, Immobilienbesitz in Aktien-
53 gesellschaften zu bündeln.

54 Überteuerte Mieten sind nicht nur schädlich für den sozialen Frieden, sondern auch für
55 die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt. Immer mehr Fachkräfte fehlen, weil sie sich
56 keinen Wohnraum mehr in der Stadt leisten können. Kleine und mittelständische
57 Unternehmen können sich die Miete für ihr Ladengeschäft nicht mehr leisten und viele
58 Dienstleistungen des alltäglichen Lebens verschwinden aus den Kiezen. Die Geschäfts-
59 modelle überzogener Immobilienpreise und überhöhter Renditeerwartungen gefährden
60 den Wirtschaftsstandort Berlin. Sie entziehen anderen Wirtschaftsbereichen Kaufkraft.
61 Investitionen, die auf Maximalrenditen durch Verdrängung, überhöhte Mieten und
62 Luxuswohnungsbau setzen, sind schädlich für unsere Stadt. Echte energetische klima-
63 schützende Sanierung, die das Klima schützt und den Geldbeutel der Mieter*innen
64 entlastet, findet dagegen kaum statt. Stattdessen werden mit vorgeblich energie-
65 sparenden Sanierungen die Mieten weiter nach oben getrieben.

66 Artikel 14 des Grundgesetzes sieht klar vor, dass „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch
67 soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Der rein profitorientierte Teil der
68 Immobilienwirtschaft unterminiert also nicht nur die Grundregeln des ‚Ehrbaren
69 Kaufmanns‘, sondern auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und damit insgesamt
70 das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Wir lehnen solche Geschäftsmodelle ab,
71 denn Wohnen ist ein Grundrecht. Für den Umgang mit Wohnungen und Grundeigentum
72 muss der Bundesgesetzgeber diesem Grundsatz endlich wieder Geltung und
73 Wirksamkeit verschaffen. Wir sind für den Schutz des selbstgenutzten Grundeigentums.
74 Aber der rein profitorientierte Teil der Immobilienwirtschaft ist in hohem Maße
75 aufgefordert, seine Wirtschaftsweise an der grundgesetzlich geforderten Sozialpflich-
76 tigkeit des Eigentums auszurichten und den Prinzipien des ‚ehrbaren Kaufmanns‘
77 Geltung zu verschaffen. Auch Wirtschaftsunternehmen haben gesellschaftliche Mitver-
78 antwortung. Sollten sie dieser nicht nach freien Stücken gerecht werden, ist die Politik
79 gefordert, dem Einhalt zu gebieten.

80 **Grüne Initiativen für mehr Gemeinwohl in Berlin**

81 Bereits 2008 schlug der grüne Bezirksbürgermeister Franz Schulz Alarm und forderte
82 umfassende Maßnahmen zum Bestandsschutz der Mieter*innen und mehr Neubau von
83 preiswerten Wohnungen. Wir Bündnisgrüne wollen der Sozialpflichtigkeit des Grund-

84 und Wohnungseigentums Geltung verschaffen und die gemeinwohlorientierte Woh-
85 nungswirtschaft neu beleben und stärken. Wir wollen eine gemeinwohlorientierte
86 Ausrichtung des Berliner Wohnungsmarktes erreichen. Derzeit befinden sich gerade
87 einmal 18,3 Prozent des Berliner Wohnungsbestandes in landeseigener Hand. Der
88 Marktanteil der Genossenschaften liegt sogar nur bei 11,3 Prozent. Unser Ziel ist es, den
89 Anteil des gemeinwohlorientierten Wohnungssektors deutlich zu erhöhen. Langfristig
90 gilt es nach dem Vorbild von Wien, Basel oder Amsterdam 40 Prozent und mehr der
91 Wohnungsbestände gemeinnützig auszurichten. Nur so können wir nachhaltig
92 preisdämpfend einwirken und wirklichen Einfluss auf den Berliner Wohnungsmarkt
93 nehmen.

94 Dabei gibt es nicht das eine allheilbringende Instrument. Bündnis 90/Die Grünen Berlin
95 setzt daher auf ein Bündel von Maßnahmen, die nur gemeinsam wirken können. Wir
96 setzen dabei auf den Dreiklang: Bauen, Erwerben, Regulieren. Gefordert ist sowohl das
97 Land als auch der Bund. Wir gehen hier in Berlin schon lange voran. Den Milieuschutz
98 und das kommunale Vorkaufsrecht haben wir aus den Bezirken heraus in der Landes-
99 politik etabliert, als diese Instrumente von den meisten in der Stadt noch abgelehnt
100 wurden. Über 855.000 Menschen leben heute bereits in Milieuschutzgebieten und unser
101 Ziel ist es, bis zum Ende der Legislatur 1,5 Millionen Menschen besser zu schützen.
102 Durch das Vorkaufsrecht und die sog. Abwendungsvereinbarungen haben wir bis heute
103 über 3.800 Haushalte geschützt. Wir haben das Zweckentfremdungsverbotsgesetz
104 geschärft. Insgesamt wurden damit fast 9.000 Wohnungen wieder als Wohnraum
105 vermietet.

106 Dies reicht jedoch bei weitem nicht aus. Auf Berliner Ebene setzen wir daher auf ein
107 Bündel von Maßnahmen, um Mieter*innen dauerhaft besser zu schützen.

- 108 • Im Fall von fortgesetztem Leerstand muss die Wohnungsaufsicht der Bezirke in
109 die Lage versetzt werden, Eigentümer*innen Häuser zu entziehen und durch die
110 Einsetzung von Treuhänder*innen schnellstmöglich Häuser wieder zur Vermie-
111 tung zu bringen.
- 112 • Die Einführung eines mindestens fünfjährigen Moratoriums für weitere Miet-
113 steigerungen und sogar mögliche Mietsenkungen durch den Mietendeckel auf
114 Landesebene halten wir für ein wichtiges Instrument. Dieser würde schnell
115 wirken und viele Mieter*innen schützen. Wir fordern daher eine rasche Erarbei-

116 tung eines rechtssicheren und möglichst umfassenden Gesetzentwurfs zur Ein-
117 führung des Berliner Mietendeckels.

118 • Die Gründung einer Taskforce gegen Immobilienspekulation halten wir für
119 genauso notwendig wie die Schaffung von mehr Transparenz auf dem Berliner
120 Wohnungsmarkt durch die Einführung eines zentralen Immobilienregisters. Es
121 kann nicht sein, dass weder betroffene Mieter*innen noch Behörden die genauen
122 Eigentumsverhältnisse kennen und somit oft keine rechtliche Handhabe gegen
123 Unternehmen mit ihren verzweigten Firmengeflechten haben.

124 • Beim Vorkaufsrecht fordern wir verbesserte Kriterien und mehr Unterstützung der
125 Bezirke durch den Senat. Um mehr Wohnraum dauerhaft schützen zu können,
126 wollen wir darüber hinaus gemeinwohlorientiert agierende Genossenschaften,
127 Stiftungen und Akteure verstärkt für das Vorkaufsrecht gewinnen – auch durch
128 eine bessere Förderung. Gerade bei Häusern, deren Bewirtschaftung finanziell
129 schwer ist, sollen durch die Schaffung neuer Mietpreisbindungen für freiwerden-
130 de Wohnungen Möglichkeiten des Ankaufs geschaffen werden. Auch der gezielte
131 Rückkauf von ehemals landeseigenen Wohnungen ist notwendig, um Wohnraum
132 dauerhaft vor Spekulation zu schützen.

133 • Wir setzen uns für die Einrichtung einer öffentlichen Beratung bzw. Vermittlungs-
134 stelle für Hauseigentümer ein, die ihr Haus nicht an Immobilienspekulanten,
135 sondern an gemeinwohlorientierte Träger verkaufen oder ihr Haus mieter- und
136 klimafreundlich modernisieren wollen. Die meisten privaten Vermieter*innen sind
137 verantwortungsvolle Bestandhalter*innen und werden ihrer sozialen Verantwor-
138 tung gerecht, ihnen gilt unsere Unterstützung.

139 • Ebenso ist bezahlbarer Neubau unerlässlich, um das Ungleichgewicht zwischen
140 Angebot und Nachfrage zu beseitigen und die daraus resultierende Marktmacht
141 der Vermieter*innen zu reduzieren. Deshalb ist für uns, neben den Maßnahmen
142 zur Sicherung bezahlbarer Wohnungsbestände, ein bedarfsgerechter und umwelt-
143 verträglicher Neubau von Wohnraum in einer wachsenden Stadt von zentraler
144 Bedeutung. Das stellt eine wichtige Säule unseres Dreiklangs aus Bauen,
145 Erwerben und Regulieren dar. Für uns spielen dabei neben den landeseigenen
146 Wohnungsunternehmen vor allem die Genossenschaften eine zentrale Rolle. Um
147 lebendige Wohnquartiere zu stärken, ist die Förderung von gemeinwohlorien-
148 tierten Bauträgern wie Wohnungsgenossenschaften und Stiftungen und von

149 vielfältigen Wohnprojekten, Baugemeinschaften und neuen Wohnformen sowie
150 die Einbeziehung von Gewerbe und soziokulturellen Projekten zentral. Selbstver-
151 waltung und Selbsthilfe müssen unterstützt werden. Das gilt es durch ein Bünd-
152 nis zwischen Senat und den Genossenschaften, Stiftungen und anderen gemein-
153 wohlorientierten Bauträgern festzuschreiben und zu verstärken. Auch bei der
154 Entwicklung der neuen Stadtquartiere müssen die Genossenschaften endlich
155 stärker beteiligt werden. Angesichts der bisherigen Neubaubilanz des Senats, ist
156 es umso zentraler, die Genossenschaften bei der Schaffung von gemeinwohl-
157 orientierten Wohnraum als unsere Verbündeten zu gewinnen. Darüber hinaus
158 wollen wir prüfen, inwieweit eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit auch auf
159 Landesebene eingeführt werden kann.

160 • Das Ziel, bis 2021 die Zahl der jährlich neu geförderten Sozialwohnungen durch
161 das Landesprogramm insgesamt auf 5.000 zu steigern, halten wir für nicht
162 ausreichend. Diese gilt es nochmal deutlich aufzustocken und die Dauer der
163 Sozialbindungen von 30 auf mindestens 60 Jahre zu verlängern. Unser Ziel ist
164 nach Vorbild des Wiener Modells die Schaffung von dauerhaften Sozialbindungen
165 nach dem Prinzip, einmal gefördert, immer gebunden.

166 • Ebenso braucht die Liegenschaftspolitik des Senats neuen Schwung und zügiges
167 Handeln auf der Grundlage von Konzeptvergaben und Erbbaurechten. Nur wenn
168 die gemeinwohlorientierten Bauträger preiswerte Grundstücke von Berlin zur
169 Verfügung gestellt bekommen, können wir eine starke gemeinwohlorientierte
170 Wohnungswirtschaft schaffen.

171 • Seit längerer Zeit besorgt uns auch, dass immer mehr Flächen nicht bebaut
172 werden und stattdessen mit Baugenehmigungen auf (leistungslose) Bodenwert-
173 steigerungen spekuliert wird. Aber die Entwicklung dieser Flächen wäre enorm
174 wichtig für die Mieterstadt Berlin. Durch die Anwendung von Baugeboten sowie
175 den strategischen Ankauf von Grundstücken können neue Spielräume erarbeitet
176 werden. Sollte dennoch auf absehbare Zeit keine Bebauung gewährleistet
177 werden, sollten Enteignungen von unbebauten Flächen unbedingt erfolgen. Wo
178 neue Wohnungen gebaut werden, muss ein Anteil preiswerter Wohnungen ver-
179 bindlich festgeschrieben werden. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen
180 schaffen.

181

182 **Weckruf ernst nehmen – jetzt in den Dialog treten!**

183 Der Volksentscheid ist ein Weckruf an die Politik, dass dem im Grundgesetz festge-
184 schriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden
185 Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. Zentral
186 dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
187 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen. Wichtig ist für uns die Ein-
188 bettung in ein Gesamtkonzept, welches tatsächlich schnell möglichst vielen Mieter*in-
189 nen hilft. Hierzu haben wir bereits Vorschläge formuliert.

190 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen ver-
191 handeln und agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht
192 zwingen, die Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungs-
193 gemäßen Auftrag erfüllen zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern,
194 ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein
195 Volksbegehren gestützt, diesen Schritt gehen.

196 Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen
197 qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative
198 Obergrenzen sehen wir kritisch. Zu den qualitativen Kriterien zählen aus unserer Sicht
199 insbesondere die Einhaltung des Berliner Mietspiegels, die Erfüllung der Instandhal-
200 tungspflichten anstelle des Herausmodernisierens, kein spekulativer Wohnungsleer-
201 stand, regelgerechte und transparente Betriebskostenabrechnungen, ein Moratorium für
202 Mietsteigerungen, keine Beteiligung an Share-Deals und an der Umgehung des
203 kommunalen Vorkaufsrechts sowie ein Mitbestimmungsrecht der Mieter*innen.

204 Da die erste Stufe des Volksbegehrens höchstwahrscheinlich binnen kürzester Zeit
205 erfolgreich erreicht wird, sehen wir den Zeitpunkt erreicht, in einen Dialog einzutreten.
206 Deshalb sehen wir dann Abgeordnetenhaus und Senat in der Pflicht, mit den Initiator*in-
207 nen des Volksbegehrens in Verhandlungen zu treten, die auch in einem Gesetz münden
208 können. Darüber hinaus soll ein Runder Tisch, an dem alle beteiligten Akteur*innen von
209 den Initiativen bis hin zu profitorientierten Wohnungsunternehmen beteiligt sind, weit-
210 gehende Maßnahmen zum Schutz der Mieter*innen erarbeiten.

211 **Der Bund ist gefordert!**

212 Wohnungsnot und massiv steigende Spekulation sind nicht nur ein Berliner Phänomen.
213 In allen wachsenden Regionen und Städten sind ähnliche Probleme zu beobachten.

214 Hätten wir ein faires Miet-, Bau- und Bodenrecht, müssten wir über den Weg der
215 Vergesellschaftung gar nicht diskutieren. Der dringende Handlungsbedarf auf Bundes-
216 ebene ist seit Jahren bekannt, doch auch die unterschiedlichen Interessen zwischen
217 Stadt und Land führen zum Nichthandeln der Bundespolitik. Wir treten daher dafür ein,
218 den Ländern und Kommunen deutlich mehr Handlungsspielräume zu geben, damit diese
219 dauerhaft handlungsfähiger werden. Doch jetzt müssen auch Bundesregierung und
220 Bundestag endlich handeln und der Sozialpflichtigkeit des Grundeigentums wirksam
221 Geltung verschaffen.

222 • Statt faktisch weiter Wohnungsnot zu produzieren, muss der Bund das Mietrecht
223 so reformieren, dass ein breites Angebot an bezahlbaren Wohnungen für die
224 Bevölkerung verfügbar ist. Mietsteigerungen über dem Niveau der durch-
225 schnittlichen Einkommensentwicklung darf der Bundesgesetzgeber weder für
226 Bestandsmietverträge noch für Wohnungssuchende gestatten. Auch die kürzlich
227 beschlossene Reduktion der Modernisierungumlage auf 8 Prozent ist nach wie
228 vor unangemessen hoch und heizt das Herausmodernisieren weiter an, wir sind
229 deshalb für die Abschaffung der Modernisierungumlage. Die Verantwortung, die
230 Klimakatastrophe auch im Wohnungsbereich zu verhindern, ist von allen in der
231 Gesellschaft zu tragen und nicht nur von den Mieter*innen.

232 • Städten und Kommunen mit erhöhtem Wohnungsbedarf muss es ermöglicht
233 werden, die Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in Eigentums-
234 wohnungen stadtweit zu unterbinden und den Milieuschutz durch Mietober-
235 grenzen zu stärken sowie auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

236 • Wir fordern zudem die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit durch den
237 Bund. Dazu braucht es angemessene Fördermittel für den Wiederaufbau von
238 dauerhaft gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und dauerhaft sozial gebun-
239 denen Wohnungsbeständen. Der Bund muss hierfür die nötigen Mittel in aus-
240 reichendem Umfang zügig zur Verfügung stellen.

241 • Für den Umfang des Privateigentums an Grund und Boden in Siedlungsgebieten
242 sollten Obergrenzen eingeführt werden, wie es das Grundstücksverkehrsgesetz
243 und entsprechende Landesgesetze bereits für den Erwerb von Agrarland ermög-
244 lichen.

245 • Im Baugesetzbuch wollen wir planungsbedingte Bodenwertsteigerungen, zum
246 Beispiel durch Umwidmungen von einem Gewerbe- in ein Wohngebiet, zukünftig
247 komplett abschöpfen und dem Gemeinwohl zukommen lassen. Wir werden hier-
248 bei prüfen, inwieweit wir dies wie Wien über das Baugesetz lösen können. Diese
249 Spekulationsbremse für Boden soll auch dafür sorgen, dass Baugenehmigungen
250 nicht nur auf dem Papier existieren, sondern auch Wohnungen Gestalt annehmen.

251 • Die ausnahmslose Anwendung des Mietspiegels, dort wo er existiert, muss
252 bundesgesetzlich sichergestellt werden. Zudem sollen zur Ermittlung der ortsüb-
253 lichen Mieten alle Mieten einfließen und der Erhebungszeitraum auf 10 Jahre
254 verlängert werden.

255 Dies sind wichtige Maßnahmen, die die Bundesregierung schon lange umsetzen könnte,
256 um die Städte zu unterstützen.

257 Den Mietenwahnsinn in Berlin zu stoppen, ist die zentrale soziale Aufgabe der Politik
258 dieser Stadt. Hierfür mit aller Kraft an allen Stellschrauben zu drehen, ist unerlässlich.
259 Wer sich lediglich auf eine oder wenige ausgewählte Maßnahmen konzentriert, verkennt
260 die Dramatik der aktuellen Situation. Alle uns zur Verfügung stehenden Mittel wollen wir
261 nutzen. Wir sind bereit, sie für die Berliner*innen einzusetzen.